Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 329.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 11. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung.

Berlin, 10. Mai, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes v. Bötticher, Scholz, v. Mayr u. A.

Nachdem der Konsularvertrag mit Brasilien in dritter Berathung genehmigt ist, tritt das Haus in die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend das Reichstabaksmonopol ein in Verbindung mit folgendem Antrage der Fortschrittspartei (Ausfeld und Genossen): Der Reichstag wolle beschließen zu erklären: 1. daß nach der erst durch Gesetz vom 16. Juli 1879 stattgehabten beträchtlichen Erhöhung der Tabakssteuer jede neue Störung der Tabaksindustrie durch nochmalige Veränderung der Besteuerungsverhältnisse ausgeschlossen sein muß und daher die in der Eröffnungsrede vom 27. April eventuell in Aussicht genommene Erhöhung der Tabakssteuer nicht minder unzulässig sein würde, als die Einführung des Tabaksmonopols; 2) daß die schon vorhandenen und in Zunahme begriffenen Einnahmen bei angemessener Sparsamkeit in allen Zweigen des öffentlichen Haushalts die Mittel darbieten würden, um in der Steuer- und Zollgesetzgebung Härten und Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Staatssekretär Scholz: Der Herr Reichskanzler ist leider von Neuem erkrankt, so daß er die Reise hierher nicht hat antreten können. Er hat mich beauftragt, deshalb dem hohen Hause sein Bedauern besonders auszusprechen, daß er der heutigen Verhandlung beizuwohnen verhindert ist. Den zahllosen öffentlichen Kundgebungen bezüglich der Vorlage sind Sie gewiß ebenso gefolgt wie ich, viel Neues werde ich Ihnen daher schwerlich zu sagen haben und es kann mir nur darauf ankommen, beim Eintritt in diese Berathungen von dieser Stelle aus, von wo allein den Darlegungen der Regierungen Gehör verschafft werden kann, ihren Standpunkt in gedrängter Zusammenfassung aller wesentlichen Punkte und möglichst klar darzustellen und so ihr zu vertreten gegenüber den mehr oder minder geschickten, ihrer Zahl nach jedenfalls sehr bedeutenden gegnerischen Angriffen und zugleich auch einzelnen wohlgemeinten, aber unglücklichen Unterstützungen (Hört! hört!), bei denen man an das bekannte Wort „Gott schütze mich vor meinen Freunden“ denkt. (Hört! hört! links.) Ich muß dazu an den Zusammenhang erinnern, in dem die Monopolvorlage mit den seit vier Jahren unablässig gemachten Bemühungen der verbündeten Regierungen steht, im Reich zu einer finanziellen Entwickelung zu gelangen, welche sowohl die Selbständigkeit des Reiches, als auch eine befriedigende Gestaltung der Finanz- und Steuerverhältnisse in den Einzelstaaten und Kommunen herbeizuführen geeignet ist. Es war nicht ein zufälliger glücklicher Gedanke, auf den die Fürsorge für das Reich etwa den Einzelnen hat kommen lassen, es war die innere Nothwendigkeit, welche die Regierungen dazu geführt hat, die schwere Aufgabe einer solchen Finanzreform auf sich zu nehmen. Ein zufälliger glücklicher Umstand hierbei war nur das, daß die reichen Geldmittel, welche dem Reich und den Einzelstaaten aus der französischen Kriegskontribution zuflossen, es gestatteten, diese Aufgabe nicht sofort nach Wiederherstellung des Reiches in Angriff zu nehmen, sondern erfreulicheren, mit mehr Bereitwilligkeit und Unterstützung durchgeführten Aufgaben den Vortritt zu lassen. Daß das Reich mit einem großen Theil des Geldbedarfs auf die unzulängliche und mangelhafte Institution der Matrikularbeiträge verwiesen war, daß die Einzelstaaten mit ihren nothwendig wachsenden Mehrbedürfnissen der Hauptsache nach auf die direkten Steuern beschränkt waren, die schon hochgespannt und unzulänglich geworden, wenigstens bei den unteren Klassen der Bevölkerung nur mit hartem Druck und nicht ohne zahlreiche Exekutionen eingehoben werden konnten, daß die Kommunalverbände mit ihrer Leistungsfähigkeit schon jetzt vielfach übersteigenden und von Jahr zu Jahr wachsenden Aufgaben im Wesentlichen auf Zuschläge zu den direkten Steuern verwiesen waren, das stellte sich als eine in hohem Grade unbefriedigende, unsichere und auf die Dauer unmöglich haltbare Gesammtlage des öffentlichen Finanzwesens im Reiche dar. Sollten hieraus nicht innere und äußere Gefahren entstehen, so mußte versucht werden hier bald Wandel zu schaffen. Das einzige Erfolg versprechende Mittel dazu zeigte sich in einer ausgiebigen, dem Beispiele anderer Länder folgenden Entwickelung der indirekten Steuern in einer hierauf gerichteten Reichssteuerreform. Wohl manche haben geglaubt und glauben vielleicht noch, daß den bezeichneten finanziellen Uebelständen durch größere Ersparnisse an unseren bisherigen Ausgaben abgeholfen werden könne und müsse. Aber wer Deutschland gesichert, wer auch in aller Zukunft es nicht neidischen, beutelustigen Feinden preisgegeben wissen, wer Deutschland in seiner inneren Entwickelung und Hebung seiner Stämme nicht gewaltsam und unnatürlich zurückhalten, wer auch nicht alle staatliche Bethätigung des Gedankens von Friede und Liebe für unsere ärmeren Mitbürger von sich weisen will, der wird nicht sagen, daß in absehbarer Zeit solche Ersparnisse im Etat des Reichs und der einzelnen Staaten möglich seien, welche zur Deckung des hervortretenden Mehrbedarfs und zur Entlastung der über Gebühr drückenden Steuern hinreichen oder irgend von Belang sein könnten. Nein! der wird zugeben müssen, daß nur neue Einnahmen, nur leichtere Steuern es ermöglichen werden, den neu hervortretenden Aufgaben gerecht zu werden und den harten ungleichmäßigen Druck der alten Steuern zu erleichtern. Darum ist nun auch mit der Reichssteuerreform wirklich begonnen worden und es ist bisher erreicht worden eine jährliche Einnahme des Reiches, die sich auf 106,209,000 Mark beziffert. Sind mit diesen 106 Millionen die erwähnten Ziele der Reichssteuerreform schon erreicht oder zu erreichen gewesen? Gewiß nicht! Wenn man unter der finanziellen Befestigung und Selbständigmachung des Reiches doch nur verstehen kann, daß dasselbe seine eigenen unmittelbaren Ausgaben, wenn auch nicht der Form, so doch der Sache nach aus seinen eigenen Einnahmequellen ganz und nachhaltig zu decken in die Lage gesetzt werden soll, so fehlen dem Reiche selbst nach dem laufenden Etat immer noch zunächst 2½ Millionen, um denjenigen Theil der Matrikularbeiträge zu decken, zu dem alle Staaten gleichmäßig beizutragen haben. Es fehlen dem Reiche die eigenen Einnahmen, um die 17¼ Millionen entbehren oder erstatten zu können, welche die süddeutschen Staaten bei der Brausteuer, der Branntweinsteuer u. s. w. zur Reichskasse jetzt zu zahlen haben. Es werden dem Reiche weiter selbst bei vorausgesetzter natürlicher Steigerung seiner bisherigen Einnahmen noch die zureichenden Mittel fehlen, um schon jetzt absehbaren unvermeidlichen Mehrausgaben Deckung gewähren zu können, insbesondere für die Reliktenversorgung, für eine unvermeidliche Reform des Pensionswesens und für Verbesserung der Besoldung im Bereiche der Civilverwaltung und des Heeres, Mehrausgaben, die man zusammen etwa auf 35 Millionen schätzen kann. In Summa, das Ziel der Steuerreform, die Selbständigkeit des Reiches auf finanziellem Gebiete, ist noch nicht erreicht. Nicht besser steht es um das andere Ziel der Herbeiführung einer befriedigenden Gestaltung der Finanz- und Steuerverhältnisse in den Einzelstaaten. In Preußen ist für das laufende Jahr zum ersten Male wieder ein Etat, der ohne Anleihen balancirt, zu Stande gekommen, aber auch hier doch nur mit Hilfe eines sehr großen Ueberschusses vom Vorjahre, und nur unter Zurückstellung vieler dringender Bedürfnisse. Aehnlich unbefriedigend steht es in den meisten übrigen Staaten. Ganz unerreicht noch sind die Ziele der Steuerreform, bezüglich der mit ihr verfolgten Absichten zu Gunsten der Kommunen. Wie hier der Schuh drückt, das ist allgemein bekannt, und ich darf mich füglich enthalten, darauf näher einzugehen. Ein hoch angesehenes Mitglied dieses Hauses, praktisch und weithin und scharf zu sehen gewohnt, hat erst vor einigen Tagen im preußischen Abgeordnetenhause ohne Widerspruch von irgend einer Seite folgendes gesagt: „Was dann die Erleichterung der Kommunen betrifft, so hat es ja nicht den geringsten Zweifel, daß wir alle hier im Hause darüber einverstanden sind, daß die Kommunallasten nahezu unerträglich und unerschwinglich sind, und wenn die Regierung die Tendenz verfolgt, hier eine Erleichterung eintreten zu lassen, so haben wir diese Tendenz auf das Dankbarste anzuerkennen und sie im vollen Maße zu unterstützen.“ Trotz solchen Anerkenntnisses, trotz der offen zu Tage liegenden Thatsachen, daß die Ziele der Reform noch bei Weitem nicht erreicht sind, ist bei Manchem die Neigung zur Mitwirkung an der ferneren Reform unverkennbar geringer geworden, ohne daß bestimmte sachliche Motive klar erkennbar geworden wären. Eine Art der Gegnerschaft aber muß ich von Neuem und nachdrücklich hier bekämpfen, weil sie mit ebenso unbegründeten, wie deutlich ausgesprochenen Argumentationen gegen die Steuerreform auftritt. Ich meine diejenigen, welche den Vorwurf erheben, daß die bewilligten Mehreinnahmen nicht der Bewilligung gemäß verwendet seien. Kann wirklich mit irgend einem Grunde der Regierung ein solcher Vorwurf entgegengehalten werden und ihr loyales Vorgehen vor dem Lande diskreditiren? Konnte man nicht viel eher fragen, ob nicht beispielsweise in Preußen schon viel mehr geschehen sei, als irgend erwartet und verlangt werden konnte, indem man dort zu Steuererlassen schritt, während der Haushalt nur mit Anleihen gedeckt werden konnte? (Zuruf links.) Könnten diese Angriffe den Erfolg eines entsprechenden Glaubens in weiteren Kreisen des Volkes haben, so würde davon nothwendig eine üble Rückwirkung nicht blos auf die gegenwärtige Regierung und auf die eine oder andere politische Partei resultiren, sondern nothwendig unsere ganze parlamentarische Institution damit diskreditirt werden. (Sehr richtig! links.) Wohin kann in Zeiten tiefsten Friedens, ungestörter Funktionirung aller politischen Organe, wo von Konflikten, Verfassungsbruch oder etwas dergleichen Niemand etwas gesehen oder gehört, wohin kann in solcher Zeit das Geld kommen, welches das Reich und die Einzelstaaten einnehmen? Wo anders hin, als dahin, wohin seine Verwendung auch die Volksvertretung für nothwendig erkannt, gebilligt, gewollt hat? Darum soll mit solchem Vorwurf und Zweifel Niemand kommen. Darum haben auch die verbündeten Regierungen sich zu der Meinung von Neuem geeinigt, daß der betretene Weg nicht aufzugeben, sondern mit aller Kraft, womöglich bis zur vollständigen Erreichung des Zieles verfolgt werden muß und ihre Mehrheit kennt in der Einführung des Tabaksmonopols den bedeutendsten und besten Schritt, der dazu jetzt zu machen ist. Die Zustimmung zu der Einführung des Tabaksmonopols in der besonderen Gestalt, die es nach der Vorlage haben soll, wird Ihnen angesonnen, weil damit ohne Schädigung des Tabaksbaues, vielmehr unter Schonung und Förderung derselben (Lachen links), ohne wesentlich größere Belastung der Konsumenten in den unteren Klassen der Bevölkerung in einer thatsächlich die Besteuerung nach dem Verhältnisse des Werthes gestaltenden Form vom Tabak eine Einnahme von 163 Millionen erzielt werden kann. (Hört! Hört! links.) Das ist etwa 118 Millionen mehr, als mit der jetzigen Besteuerung nach dem Gesetze von 1879 überhaupt zu erzielen sein wird, weil diese Einnahmequelle nicht blos eine regelmäßige, natürlich wachsende ist, sondern weil sie ohne vorgängige zeitraubende und schwierige Aenderungen des Systems, ohne neue erbitterte Kämpfe mit einer naturgemäß auf das Aeußerste widerstrebenden Industrie der Gesetzgebung die Möglichkeit gewährt, in Zeiten des Verlustes oder des Niederganges anderer Einnahmequellen oder ganz besonders großer Ausgaben hier für das Reich eine den Bedürfnissen folgende Einnahme zu schaffen. Diese dem Tabaksmonopol eigenen Vortheile werden von den verbündeten Regierungen für ebenso gewiß als werthvoll erachtet und haben sie dazu geführt, die Uebelstände, welche mit der Einführung des Monopols verbunden sind, als weit zurückstehend, als unmöglich hindernd zu erkennen. Also daß die Einführung des Monopols auch mit Uebelständen verbunden ist, ist keinen Augenblick verkannt worden, und ich werde selbst gleich auf diese Uebelstände näher eingehen. Zuvor aber möchte ich der üblen Seiten gedenken, welche das Monopol haben soll, in Wahrheit aber nicht hat. Es wird dem Monopol zuerst vorgeworfen, es würde die übelsten politischen Folgen haben, es werden die Tabaksbauer, die Tabaksarbeiter, die Beamten und Agenten der Monopolverwaltung, die zahlreichen Verschleißer vorgeführt, es wird deren vollständige Abhängigkeit von der Regierung demonstrirt und der vermeintlich unwiderlegliche Schluß gezogen, daß nun die Regierung im Tabaksmonopol ein neues, weithin reichendes Mittel gewinnen würde zur Beeinflussung von Wahlen im Reiche und in den Einzelstaaten und daß die Regierung auch von diesem Mittel im weitesten Maße Gebrauch machen würde. Man könnte die Erweckung solcher Besorgnisse begreiflich finden, wenn wir uns noch in den Anfängen unseres konstitutionellen Lebens befänden, aber wir haben doch in der That eine genug lange Erfahrung hinter uns, in der Jeder hat sehen können, daß auch die Angestellten und Beschäftigten in den großen bisher schon vorhandenen Staatsbetrieben das Wahlrecht vollkommen und unbehindert haben ausüben können (Oho! links), daß auch diesen Personen gegenüber kein Anderer als der ihnen gegenüber mögliche, sehr geringe Einfluß der Regierung hat geübt werden können und geübt worden ist. Doch glaube ich, es wird dieser Einwand in weiten Kreisen unmöglich gemacht werden. Das ganze Beamtenwahlrecht wäre damit verurtheilt und ich füge hinzu, daß solche Dinge mit der Vorlage selbstverständlich so wenig beabsichtigt wie praktisch damit gebracht werden. Ein anderer unzuträglicher Vorwurf geht dahin, daß die Lage der Tabaksarbeiter unter dem Monopol eine sehr viel üblere und gedrücktere sein wird, ganz abgesehen zunächst von der Reduktion ihrer Zahl. Daß aber die Lage dieser Arbeiter im Allgemeinen im Staatsbetrieb eine viel bessere, gesichertere und glücklichere ist als beim Privatbetrieb, wird ernstlichen Zweifeln kaum unterzogen werden. Abgesehen von dem, was unter günstigen Umständen einzelne Unternehmer über das durchschnittliche Maß hinaus für das Wohl ihrer Arbeiter thun können und erfreulicher Weise selbst weiter darüber hinaus thun, kann ja die Privatindustrie der Natur der Sache nach hier gar nicht erfolgreich mit dem Staatsbetrieb konkurriren und die Vorliebe, mit der Arbeiter selbst den Staatsbetrieb aufsuchen und der Werth, den sie darauf legen, sind der beste Beweis dafür, daß man nach dieser Seite hin eine Diskreditirung der Sache ohne Grund versucht. Ein weiterer unzutreffender Vorwurf geht dahin, daß die Lage der Tabaksbauer eine üblere oder gedrücktere werden müsse. Wenn überhaupt, so kann dieser Vorwurf am wenigsten gegenüber den Bestimmungen aufrecht erhalten werden, welche die Vorlage darüber bringt. Die Beschränkungen und Kontrolen, die schon mit dem jetzigen Gewichtssteuersystem nothwendig verbunden sind, haben natürlich nicht beseitigt werden können, aber es ist vermieden worden, etwa zu Gunsten der Monopolverwaltung irgend eine Erweiterung derselben herbeizuführen. Einer der bedenklichsten Vorwürfe ist der, daß das Monopol nicht den vorausgesetzten Ertrag liefern und weit hinter dem geschätzten Ertrage zurückbleiben werde. Dieser Punkt kann hier in der Generaldiskussion unmöglich zum Austrage gebracht werden. Ich beschränke mich auf die Bemerkung, daß alle gegen die Berechnung bisher bekannt gewordenen Einwendungen genau und eingehend geprüft worden sind, und daß das Ergebniß nur eine Befestigung der Ueberzeugung gewesen ist, daß wir nach einigen Jahren der Einführung und des Ueberganges die unausgesetzte Einnahme von 163 Millionen Mark aus dem Tabaksmonopol haben werden. Wenn ich nun noch der Besorgniß gedenke, daß die Bewilligung des Monopols bald das Verlangen nach ähnlicher Verstaatlichung anderer Industriezweige herbeiführen werde (Sehr richtig! links), eine Besorgniß, die mir im Hinblick auf das Salzmonopol, das wir lange Zeit gehabt und aufgegeben haben, wenig Furcht einflößen kann, so bleiben wohl nur noch die nebensächlichen Einwendungen, die dahin gehen, daß der Vielseitigkeit der Geschmacksrichtung des Publikums das Monopol nicht werde gerecht werden und daß es den Schmuggel befördere. Soweit diese Uebelstände überhaupt eintreten möchten, so werden sie gewiß durch die Vortheile überwogen. Ich erinnere nur daran, daß mit dem Monopol die Verfälschung absolut ausgeschlossen sein wird, daß in dem ganzen Monopolgebiet der Konsument seinen Bedarf in gleichmäßiger Weise zu befriedigen in der Lage sein wird, daß er sich überall festen und angemessenen Preisen gegenüber befinden wird. Indem ich mich nun zu den wirklich nicht in Abrede zu stellenden üblen Seiten des Monopols wende, bitte ich vorweg überzeugt sein zu wollen, daß auch die verbündeten Regierungen keineswegs mit leichtem Herzen über dieselben hinweggegangen sind. Das Monopol nöthigt alle Personen im Zollgebiet, an die sich das unbedingte Verbot des [illegible] Erwerbes des Tabaksbaues und der Tabaksfabrikation richtet, sich einen anderen Erwerb zu suchen. Der beste Ersatz wird ihnen natürlich dadurch gewährt, daß sie, soweit nur irgend möglich, zu gleichen oder ähnlichen Funktionen von der Monopolverwaltung übernommen werden, die sich selbstverständlich auf das Eifrigste bemühen wird, diese Uebernahme zu erleichtern und auszuführen. In irgend einem zureichenden Maße wird freilich dieses Mittel nicht anwendbar sein können. Viele werden von ihrem bisherigen Erwerb, von der Art des Erwerbes in der That definitiv ausgeschlossen. Für die meisten wird das ein schweres, der Gesammtheit gebrachtes Opfer bedeuten, welches, wenn auch nicht einen juristischen Entschädigungsanspruch wie bei Expropriationen, so doch in der That einen nicht außer Acht zu lassenden Billigkeitsanspruch begründet. Die Gesetzgebung des Reiches ist in dieser Beziehung nicht ohne Vorgang, ich erinnere an das Gesetz vom 22. Juni 1871, durch welches den Regierungen 12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wurden, um den Angehörigen der Reserve und Landwehr, welche damals durch ihre Einziehung zu den Fahnen besonders schwer geschädigt waren, die Wiederaufnahme ihres bürgerlichen Berufs zu ermöglichen und zu erleichtern. Auch da lagen harte, von Einzelnen der Gesammtheit gebrachte Opfer vor, auch da lag kein juristischer Anspruch auf Entschädigung vor, aber die Gesetzgebung hat es nicht abgelehnt, in vernünftigen Grenzen eine Ausgleichung zu gewähren. Diese vernünftigen Grenzen und innerhalb derselben das richtige Maß zu finden, das ist für das weite von dem Verbot des Tabaksmonopolgesetzes betroffene Gebiet eine überaus schwierige Aufgabe. Im Großen und Ganzen glauben die Regierungen mit ihren jetzigen Vorschlägen bezüglich der Entschädigungen, der Vergütungen und der Unterstützungen das Richtige getroffen zu haben, sie glauben danach mit einer Gesammtsumme von etwa 256 Millionen Mark die Ausgleichung für die direkt Betroffenen so zur Ausführung bringen zu können, daß deren demnächstige Lage nicht mehr als hindernder Einwand gegen die Einführung des Monopols wird geltend gemacht werden können. Neben diesen direkt Betroffenen wird nun allerdings eine große Zahl indirekt Betroffener zu finden sein. Die Nachtheile und Verluste werden in einzelnen Fällen vielleicht ganz außerordentlich hohe und unersetzliche sein. Der ganze Kreis der Nebengewerbe der Tabaks-Fabrikation, zahlreiche Kommunen, in denen die Tabaksfabrikation und andere Gewerbe der Tabaksbranche vielleicht zu großer Blüthe, zu großer überwiegender Bedeutung für das Kapital gelangt sind, vielleicht selbst der eine oder andere Bundesstaat, in welchem das mehr oder weniger der Fall ist, jedenfalls die von dem Verbote des gegenwärtigen Gesetzentwurfs zur Zeit gar nicht betroffenen Zollanschlüsse Bremen und Hamburg werden zu den indirekt Betroffenen gehören. Der Schaden, der sie trifft, entzieht sich jedem Versuch einer wirklichen Schätzung (Hört, Hört!) und kann daher ohne Gefahr und Mühe für den Uebertreiber bis ins Ungeheure übertrieben werden; er wird ganz gewiß geringer sein, als diese Schätzungen ihn erscheinen lassen, und wird jedenfalls weit überwogen werden durch den großen Vortheil des Ganzen und damit auch den Vortheil der indirekt davon Betroffenen selbst. Darum würde auch jede Forderung der Gewährung einer besonderen Entschädigung für die indirekt Betroffenen abzulehnen sein; sie würde, wollte man sie als begründet ansehen und berücksichtigen, sofort mit Nothwendigkeit ins ganz Uferlose führen, wo selbst die zwei Milliarden, die in einer phantasievollen Berechnung als Mindestbetrag der Entschädigung mitgetheilt worden sind, vielleicht als ganz unzulänglich befunden würden. Was hingegen von den üblen Verhältnissen, den wirklich üblen Verhältnissen, die ja eigentlich nicht dem Monopol, sondern nur der Einführung des Monopols jetzt bei uns anhaften (Sehr gut! links), nicht gemildert werden kann, das kann und soll in den Kauf genommen und muß ein für alle Mal überwunden werden. Denn auf die Dauer ist es gar nicht denkbar, daß es

in Deutschland angesichts des großen und wachsenden Umfangs unserer finanziellen Bedürfnisse bei den Steuererträgnissen des Tabaks von kaum 1 Mk. pro Kopf der Bevölkerung belassen werden sollte, während die Erfahrung anderer Länder, die sich in ähnlicher Lage befinden, zeigt, wie mit Leichtigkeit ohne Druck das 3-, 4-, ja selbst 6fache dieses Betrages zur Tragung der öffentlichen Lasten aus dem entbehrlichen und doch nicht zu entbehrenden Genußmittel gewonnen werden kann. Eine höhere Besteuerung vermögen wir aber in keiner anderen Form als in der des Monopols besser und schonender herbeizuführen, Mit keiner anderen Form wird die Gesetzgebung des Reiches die wirklich freie Verfügung über diese Steuerquelle, welche doch so wichtig und unentbehrlich für Zeiten der Bedrängniß sein würde, zu gewinnen vermögen. Auf diesen Erwägungen beruht der Glaube an die Unabwendbarkeit des Monopols, die feste Ueberzeugung, daß es doch einmal kommen muß. Bewilligen Sie es jetzt nicht, bewilligen Sie es dieser Regierung nicht, so wird früher oder später der Tag erscheinen, da die Regierung kommt, der Sie es doch bewilligen. (Rufe von links: Niemals! Niemals!) Darum würde es auch des Beifalls der weitesten Kreise des Volkes nicht lange entbehren, wenn Sie es bald bewilligten. weil die Uebelstände, die mit der Einführung des Monopols nothwendig verbunden sind, durch Hinausschiebung der Einführung nicht geringer, sondern eher schlimmer werden. In der Voraussetzung, daß Sie diesen Gesetzentwurf doch einer besonderen Kommission zur Vorberathung überweisen werden, darf ich unsere eifrigste Mitwirkung zur Klarstellung jedes Spezialpunktes ganz zu ihrer Erwägung stellen und schließen, daß Sie, soweit Sie dem Vorschlage der verbündeten Regierungen sine studio gegenüberstehen, ihn auch sine ira behandeln wollen, — wir wollen ja Alle nur das Beste des Vaterlandes.

Abg. Sandtmann: Unser Antrag soll von vornherein unsere abweichende Stellung kennzeichnen und dieser Materie womöglich zu einem festen Abschluß verhelfen. Die Anerkennung, daß mit den Erleichterungen, die durch die Steuerreform erzielt werden, die Regierung einen verdienstlichen Weg beschritten habe, wird nirgends versagt werden, wenn nur auch die Mittel dazu gebilligt werden können. Es ist aber ein krasser Widerspruch, wenn Erleichterungen verheißen werden, die nur durch die allerschwersten Schädigungen anderer Interessen möglich sind. Daß die Erträge des Monopols in dem Sinne verwendet werden, in dem dasselbe jetzt bewilligt wird, soll dadurch verbürgt werden, daß wir in einem konstitutionellem Staate, im Frieden und ohne Konflikt leben. Aber ist nicht über die Verwendung des Ueberschusses zu verschiedenen Zeiten in ganz verschiedenem Sinne geredet worden? Dann soll durch die Einführung des Monopols der Tabaksbau gar gehoben werden, weil das Interesse der Regierung und der Tabaksbauer Hand in Hand gehe. Mir erscheint es unerfindlich, daß nicht im freien Verkehr die besten Preise erzielt werden sollten. Die politischen Konsequenzen anlangend, über die wir gleichfalls durch den konstitutionellen Staat, die Freiheit des Individuums und die Nichtbeeinflussung der Beamten beruhigt werden, erinnere ich daran, daß das Haus verschiedene Male Gelegenheit gehabt, sich ein Urtheil darüber zu bilden. Die Arbeiter, hören wir, werden es in den Regierungsfabriken besser haben als in der Privatindustrie, allerdings nicht die mangelhaften und unzuverlässigen. Es genügt wohl der Hinweis, daß die Arbeiter sich in Petitionen und Versammlungen gegen das Monopol erklärt haben. Wir bezweifeln nicht, daß die Angaben über den Ertrag nicht willkürliche Schätzungen sind, sondern auf sorgfältigen Ermittelungen beruhten. Aber für dieselben sind die Erfahrungen der „kaiserlichen Tabaksmanufaktur" wesentlich maßgebend gewesen. Und sind denn die Erfahrungen derselben genügend, um auf ihnen ein Gesetz von so ungeheurer Tragweite aufzubauen, so überzeugend, um alle entgegenstehenden in größeren Erfahrungskreisen gewonnenen Ansichten als irrig zu erweisen? Die Zusicherung, daß keine weiteren Verstaatlichungen folgen sollen, ist an sich ja tröstlich. Trotzdem befürchte ich, daß man auch davor nicht zurückschrecken wird, wenn sich die Erträge des Monopols als nicht ausreichend erweisen sollten. Moralische Bedenken, die durch die Vermehrung des Schmuggels sich gegen das Monopol erheben könnten, werden einfach für unbegründet erklärt. In Frankreich denkt man anders hierüber; dort hat man in den Grenzzonen die Preise des Tabaks niedriger gestellt als in dem übrigen Lande, um dem Schmuggel entgegenzuwirken. Die französische Presse hat dem Reichskanzler ihr Kompliment gemacht über die beabsichtigte Einführung des Monopols, dieselbe sei ein Zeichen seiner Größe und Versöhnlichkeit und bringe Frankreich einen Vortheil von 37 Mill. Frcs. ein, da es dann überflüssig sei, die billigeren Preise in den Grenzzonen aufrecht zu erhalten. Das beweist doch, daß in Frankreich stark geschmuggelt wird. Hamburg und Bremen werden überhaupt nicht berücksichtigt bei der Entschädigungsfrage. Man hat gefürchtet, die Schäden nicht schätzen zu können und die Ansprüche würden ungeheuerliche sein. Da sagt man einfach: wir geben gar nichts, — allerdings der einfachste Ausgangsweg. Muß überhaupt der Tabak höher besteuert werden? Ist es irgendwie nachgewiesen, daß die Bedürfnisse des Reichs lediglich vom Tabak befriedigt werden müßten? Wenn wir nicht endlich die viel geängstete Tabaksbranche zur Ruhe kommen lassen, dann wird allerdings die Unabwendbarkeit der Einführung des Monopols bald erwiesen sein, dann wird das Gegentheil von dem eintreten, was der Reichskanzler gesagt hat, daß man nicht erst die Interessenten ruiniren und sie dann entschädigen wolle. Aber ich hoffe, daß eine ruhige Erwägung aller Verhältnisse dahin führen werde, nicht der Regierungsvorlage, sondern unserem Antrage zuzuneigen. Welch' ungeheuren Sprung haben wir schon 1879 in Bezug auf die Besteuerung des Tabaks gemacht! Der Zoll auf auswärtigen Tabak ist damals von 12 auf 42½ Mark erhöht worden und die Steuer von deutschem Tabak von 2 auf 22½ Mark. Noch heute leidet diese Branche darunter. Der große Konsum von Tabakfabrikaten hat in Deutschland nur deshalb eintreten können, weil wir fast gar keinen Zoll hatten und die Waare daher billig geliefert werden konnte. Es werden bei uns aber in Zukunft ähnliche Preisverhältnisse, wie in allen Monopolländern, wo die Preise sehr hoch sind, eintreten. Der Konsum der Zigarren wird abnehmen und mehr Pfeife geraucht werden, wodurch eine starke Veränderung bezüglich der Arbeiterverhältnisse eintreten dürfte. Ferner müßte in Folge des Monopols der Handel mit deutschem wie auswärtigem Tabak vollständig aufgegeben werden, von dem Tausende leben. Am stärksten würden die Fabrikanten geschädigt und die Arbeiter kämen nicht in bessere, sondern in schlechtere Verhältnisse, namentlich würde die Frauenarbeit zum Schaden der Männerarbeit überhand nehmen. Dann kommen die Händler mit Fabrikaten. Wir haben heute etwa 360,000 Verkaufsstellen von Tabaksfabrikaten, ihnen gegenüber sollen 60,000 Verschleißer treten, die aber eine ganz andere Existenz haben. Ferner würden die Hilfsindustrien des Tabaksgewerbes auf ein minimales Maß zurückgeführt werden, weil bei der Monopolverwaltung die äußere Verpackung vereinfacht würde. Außerdem kommt dabei der deutsche Handel überhaupt in Frage, denn der Handel mit Tabak würde für Bremen und Hamburg, die heute Welthandelsmärkte für Tabak sind, auf den Aussterbeetat gesetzt werden. Aber auch die deutsche Dampfschifffahrt müßte in sehr hohem Grade leiden. Heute werden fast alle Beziehungen mit deutschen Dampfschiffen vermittelt. Sobald aber große Regiekontrakte abgeschlossen werden, liegt es nicht mehr im Interesse begründet, daß die Zufuhren mit unseren Dampfschiffen kommen. Ebenso wird der deutsche Exporthandel davon berührt werden, da sich die Konkurrenz von Belgien, Holland und England immer fühlbarer machen würde. Was den Ertrag des Monopols betrifft, so ist es merkwürdig, daß aus den Fachkreisen selbst Berechnungen der verschiedensten Art vorliegen, daß aber selbst die mäßigsten dennoch alle zu ganz anderen Resultaten kommen, als die Berechnung der Regierung. In der Vorlage ist z. B. das Betriebskapital viel zu gering veranschlagt, denn das Vorräthighalten von 1½ deutschen Tabakernten ist entschieden zu niedrig gerechnet. Es ist dann ferner ein achtmonatlicher Vorrath für ausländischen Tabak angenommen. Aber ich kenne keinen Privatfabrikanten, der nicht einen Vorrath von 1 oder 1½ Jahren hielte. Ferner sind die veranschlagten 66 Millionen für Gebäude viel zu niedrig gegriffen, weil man mehr Fabrikräume und mehr Packhäuser nöthig haben wird, weil es sich um die Lagerung von viel größeren Quantitäten rohen Tabaks handeln wird, als hier in Aussicht genommen ist. Weiter ist übersehen worden, für die Amortisation des ansehnlichen Kapitals für Maschinen, Formen und dergleichen einen entsprechenden Betrag in Rechnung zu stellen. Es ist gesagt worden, daß eine Monopolverwaltung die Tabakseinkäufe um nahezu 9 Millionen Mark billiger zu beschaffen im Stande ist. Das ist ein großer Irrthum. Die französische Regierung hat nie behauptet, daß sie billiger kaufe, als die Privatindustrie, sie hat höchstens zu beweisen versucht, daß sie nicht theurer kaufe, als die Privaten. Auch die deutsche Monopolverwaltung wird nicht in der Lage sein, geschlossene Ladungen Tabak zu kaufen, sie kann nicht, wie heute die Privatindustrie, jede Sorte kaufen, um sie vortheilhaft zu benutzen. Der ganze Betrieb läßt eine solche Zersplitterung der Käufe nicht zu. Allerdings ist nicht jeder deutsche Tabakshändler in der Lage, gleich billig zu kaufen, wie die Regierung, aber ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, daß den großen Fabrikanten mit so kleinem Nutzen geliefert wird, daß die deutsche Regierung nicht billiger zu kaufen vermag, als es jetzt geschieht. Die in Rechnung gestellten 9 Millionen schweben also vollständig in der Luft und es könnte höchstens nachgewiesen werden, daß unter günstigen Umständen einmal einige Millionen erspart werden können. Die für die Verschleißung in Aussicht genommenen 10 Millionen können unmöglich ausreichen. Ich glaube nicht, daß für 650 M. sich jemand finden wird, die Waaren an den Mann zu bringen, zumal da davon die Ladenmiethe zu bestreiten und eine Garantie zu bestellen ist. Den 250 Großverschleißern ist ½ Prozent zugesichert worden. Auch dieser Satz ist so gering, daß die Summe um ein Erhebliches wird erhöht werden müssen, wenn der beabsichtigte Erfolg erzielt werden soll. Ebenso wird sich in den Steuern ein Minderbetrag ergeben, der nahezu 5 Millionen betragen dürfte. Nimmt man dazu, daß die Entschädigungen schwerlich auf der jetzt vorgeschlagenen Basis werden vorgenommen werden können, sondern daß wahrscheinlich die Summe erfüllt werden muß, welche die Enquetekommission seiner Zeit ermittelt hat, so würde die Verzinsung jener Differenz von etwa 400 Millionen allein 17 Millionen in Anspruch nehmen. Auch der Konsum würde zurückgehen, da die Monopolverwaltung nicht so gute Qualitäten liefern würde und für die Unterbringung derselben nur 60,000 Verschleißer zu sorgen haben, während wir jetzt mindestens 360,000 haben. Bei aller Sorgfalt lassen die Berechnungen der Vorlage große Zweifel aufkommen. Es ist z. B. bei den Zigarren gesagt, daß dasselbe Quantum verkauft werden könne wie früher. Gestehen wir dies zu, so bleibt charakteristisch, daß diese Zigarren nach den Ermittelungen der Enquetekommission verkauft werden zu 232 Millionen, während sie nach der Vorlage 296 Millionen Mark bringen sollen, die importirten Zigarren mit einbegriffen. Also ohne Veränderung ein Plus von 64 Millionen. Das sind ganz willkürliche Verschiebungen in Bezug auf die Preise der einzelnen Sorten. Es wird angenommen, daß Deutschland fernerhin 32,250 Mille importirter Havanazigarren haben würde und motivirt dies damit, daß das der dritte Theil des 1877 eingeführten Quantums sei. Das ist richtig, 1877 sind 97,678 Mille eingeführt worden. Aber während diese im Ganzen einen Werth von 7,800,000 M. repräsentirten, will die Vorlage aus den 32,250 Mille importirter Zigarren ein Kapital von 16 Millionen machen. Da sind doch handgreifliche Irrthümer anzunehmen. In diesen 97,000 Mille befanden sich alle möglichen Preissorten, wahrlich nicht nur feine Havannazigarren. Ein Blick auf Oesterreich und Frankreich ist überzeugend. In Oesterreich wurden konsumirt 3605 Mille im Werthe von 597,000 M. oder durchschnittlich 250 M. pro Mille, in Frankreich 13,000 Mille im Werthe von 3 Millionen Mark. In Deutschland dagegen sollen neben den 30,600 Mille importirter Zigarren, durchschnittlich zum Preise von 500 M., sage 500 M. pro Mille, außerdem zum Preise von 150, 180, 200, 250, 300, im Ganzen noch 147,480 Mille Fabrikate der Monopolverwaltung verkauft werden, so daß wir in der Gesammtheit 180,000 Mille verkaufen müßten durchschnittlich zum Preise von 250 M. Bezüglich des vorliegenden Antrages will ich noch bemerken: Wir sind der Meinung, daß all die Schäden und Nachtheile, welche ich geschildert habe, nicht blos bei Einführung des Monopols, sondern theils in noch wesentlich verstärktem Maße bei der Bewilligung höherer Zölle und Steuern auf Tabak überhaupt eintreten würden. Wenn man bedenkt, daß ein mittlerer Fabrikant, der 1000 Zentner ausländischen Tabak jährlich versteuert, vor 1879 dafür 12,000 M. Zollauslagen machen mußte, während er jetzt mehr als 42,000 M. bereit halten muß, so wird man zugeben, daß er sich heute schon in einer schwierigen Lage befindet. Wollte man Einnahmen wie aus dem Monopol aus Steuern und Zöllen nehmen, dann müßte man dieselben vervierfachen; dann würde ein solcher Fabrikant 170,000 M. Zollauslagen haben. Das ist doch nicht möglich. Es muß klar ausgesprochen werden, es läßt sich aus Tabak in Wahrheit kein größerer Ertrag herausschlagen; der Tabak kann nicht mehr bluten, es müßte denn über die Leiche der Industrie hinweg geschehen. Wenn wir uns klar darüber sind, daß wir dem Vaterlande einen Dienst erweisen, indem wir eine Privatindustrie zu Grunde richten, dann können wir uns größere Einnahmen schaffen. Aber haben wir denn heute zu einem solchen Schritte eine Berechtigung? Hat die Tabaksindustrie nicht dasselbe Anrecht an den „Schutz der nationalen Arbeit", wie andere Erwerbszweige? Sonst legt die Regierung einen so hohen Werth auf den Rath der Interessenten; die Tabaksinteressenten haben in allen ihren Versammlungen gegen die Zerstörung ihrer Industrie protestirt. Deswegen haben wir die Pflicht, einer nun seit Jahren gequälten und geängstigten Industrie zu Hilfe zu kommen, damit sie Zeit gewinnt, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben. Wir sind andererseits der Meinung, daß es der erhöhten Einnahmen aus dem Tabaksmonopol nicht bedarf, um alle gemachten Forderungen zu erfüllen, um die Härten auszugleichen, die durch unsere Zoll- und Steuergesetzgebung entstanden sind. Ich empfehle Ihnen unseren Antrag aufs Wärmste. Ich glaube, daß es bei einer Angelegenheit, die nicht bloß Privatkreise, sondern auch das hohe Haus so stark beschäftigt hat, der Verweisung an eine Kommission nicht mehr bedarf. (Beifall links.)

Abg. Hobrecht: Die Reichssteuerreform bedarf des Zusammenwirkens von Faktoren, die nicht gleichzeitig und gemeinsam beschließen können; sie kann daher nur stückweise und Schritt für Schritt durchgeführt werden. Wollen wir uns hier nicht damit begnügen, daß in den Volksvertretungen der Einzelstaaten der Einfluß auf die Festsetzung der Verwendung gesichert ist, dann können wir nur mit dem Reichsgesetz helfen, dann würden wir an neue Einnahme-Bewilligungen bestimmte Bedingungen knüpfen müssen. Ich will aber den hier gehörten Nachweis des Bedürfnisses nicht bemängeln; die Bewilligungen, die wir seit 1878 gemacht haben, werden ausreichen, die Matrikularbeiträge zu beseitigen, zu einer ernsten Steuerreform werden sie nicht genügen. In Preußen hat man einen Steuererlaß von 14 Millionen Klassensteuer darauf gegründet; ich halte diese Ansicht für unrichtig. Es wird weiterer Mittel im Reiche bedürfen, um das Reformprogramm durchzuführen. Die Schwierigkeiten liegen nicht in der Größe der geforderten Summe, obwohl die Absichtlichkeit, mit welcher die bestimmte Begrenzung derselben vermieden wird, etwas Beunruhigendes hat; dies tritt aber zurück gegen die Mannigfaltigkeit der in Mitleidenschaft gezogenen Interessen bei der Wahl der Besteuerungsobjekte, wie bei der Festsetzung der Verwendungszwecke. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ist Furcht oder Hoffnung erregt worden. Eine so weitgehende Reform ist nur ausführbar bei einem vertrauensvollen Verhältniß zwischen der Regierung und einer festen parlamentarischen Majorität, die auch nur so die Verantwortung einer solchen Maßregel übernehmen kann; nur liegt es nicht in dem guten Willen der Regierung allein. Im Jahre 1879 bei Erhöhung der Gewichtssteuer auf Tabak hat die Regierung einen Verzicht auf das Monopol nicht erklärt. Ich bin damals als Vertreter der preußischen Regierung mehrfach zu einer bestimmten Erklärung hierüber gedrängt worden, die ich aber nicht abgegeben habe. Die Verletzung eines Versprechens durch die Vorlage ist also nicht vorhanden. Aber in der Annahme jener Gewichtsteuer-Erhöhung liegt ein Engagement, mit welchem das Monopol nicht im Einklange steht, (Hört! hört! links.) Die Gewichtssteuer-Erhöhung mußte verwerthet werden als Material zu einer künftigen Begründung der Monopolvorlage, darauf hatte die stark beunruhigte Industrie, die ganze Nation und der Reichstag einen Anspruch. Die Durchführung dieses Gesetzes ist aber thatsächlich noch nicht erfolgt; erst in diesem Jahre kommt der volle Steuersatz zur Erhebung, und die Gerüchte von der Einführung des Monopols haben der Tabaksindustrie alles öffentliche Vertrauen entzogen. (Sehr richtig!) Es fehlt an jeder Erfahrung über die Resultate der Durchführung dieses Gesetzes, vor allen Dingen, welche Wirkung dasselbe auf die Art der Fabrikation und auch nach anderen Seiten hin üben wird. Die Erträgnisse des Monopols in Frankreich, der hohe Tabakskonsum in Deutschland müssen dringend zu Erwägungen über das Monopol auffordern und in diesem Sinne habe ich 1878 die Einsetzung einer Enquetekommission empfohlen, deren Votum dem Monopol ungünstig war. Es wurde anerkannt, daß die Steuer beim Monopol am gerechtesten vertheilt sei, dagegen, daß sie die Zerstörung eines Erwerbszweiges von großem Umfange und sehr großer sozialer und wirthschaftlicher Bedeutung herbeiführt und daß die Erträge für lange Zeit hinter dem zurückbleiben würden, was aus einer mäßigen Gewichtssteuer erwartet werden darf. Ich habe seitdem, und namentlich durch meine Theilnahme an den Berathungen der Tabaksteuerkommission die Ueberzeugung gewonnen, daß auch die gerechtere Besteuerung durch das Monopol nicht herbeigeführt wird, denn will man große Erträge erzielen, so kann man auf eine vorwiegend starke Belastung der niederen Volksklassen nicht verzichten. (Sehr richtig!) Das ist durch die Motive nicht widerlegt. Bei der Entschädigung wird es an einer Masse von Ungerechtigkeiten nicht fehlen, namentlich bei den Arbeitern, die in der Monopolverwaltung eine Stellung nicht erhalten. Es bleiben etwa 40,000, die sich anderweit Arbeit suchen müssen, und das ist eine Landeskalamität. (Sehr gut! links.) Und nun beruhen die Einnahmen aus dem Monopol auf dem jetzigen Tabakkonsum, wenn nur die Hälfte der jetzigen Zigarrenraucher zum Rauchtabak übergeht, so wird die Zahl der Tabaksarbeiter weiter vermindert werden müssen. Dabei liegt die Entscheidung über den Reinertrag ganz in den Zigarren, von denen man 138 Millionen und mit Hinzurechnung der Zigaretten 146 Millionen erwartet, alles Andere zusammen, Rauch-, Kau- und Schnupftabak, wird nur mit 29 Millionen Reinertrag taxirt. Nun ist aus den Motiven zu entnehmen, daß die Verschiedenheit der Zigarren, die ja beim Publikum beliebt macht, nicht wird aufrecht erhalten werden können; aber darauf kommt es gerade an, diese Verschiedenheit kann nur durch zahlreiche Privatfabriken erhalten werden, und der gegenwärtige große Konsum ist eine Folge dieser Verschiedenheit; er wird mit derselben aufhören. Jedenfalls ist eine enorme Verminderung sehr wohl denkbar, wenn die bisher gewohnten Anerbietungen sich ändern. Hierbei spielt der individuelle Geschmack eine große Rolle. Auf jeder Reise über die Grenze ist das Gespräch auf den letzten Stationen, wie viel Zigarren man wohl mitnehmen kann. Wenn man aber aus dem Auslande zurückkommt, so habe ich nie gehört, daß von Ausländern diese Sorge geäußert wurde. (Große Heiterkeit!) Daß es auf den Konsum der ärmeren Bevölkerung nicht allein ankommt, ergeben die Motive, denn von den 280 Millionen, welche der Zigarrenverkauf im Ganzen einbringen soll, entfallen nur 64 Millionen auf die Sorten unter 5 Pf. Aus den Sorten über 5 Pf. 136 Mill. und aus der Sorte zu 5 Pf. allein die Summe von 38½ Millionen Mark. Leute, die Zigarren zu 5 Pf., also zu 50 Mark das Tausend rauchen, wissen aber schon sehr wohl zu unterscheiden (Sehr richtig), oder bilden sich wenigstens ein, unterscheiden zu können (Zustimmung), was im Effekt auf dasselbe hinauskommt. Besonders hart werden die Detailverkäufer getroffen, von denen 360,000 in Deutschland vorhanden sind, mit Einschluß der Gast- und Schankwirthe, Kleinkrämer u. s. w. Diese sind für den Vertrieb besonders wichtig und es macht einen großen Unterschied, wenn an ihre Stelle nur 60,000 Verschleißer treten, und derjenige, der z. B. ein Glas Bier trinkt, nun nicht mehr vom Wirth eine Zigarre bekommen kann. (Zustimmung und Bravo! links.) Aus der Vorlage ergiebt sich die Unmöglichkeit, die gemachten Versprechungen zu erfüllen. (Sehr richtig!) Man wird sich dann bemühen, die Versprechen zu halten, die Auslagen bedeutend steigern, und der Erfolg wird sein, daß das Monopol dann gar nichts bringt. (Sehr wahr!) Das Wichtigste aber, die Wirkung einer so kolossalen Aenderung des Angebots auf den Konsum, läßt sich eben nicht mit Zahlen beweisen. — Die unrichtigen Annahmen der Vorlage sind die Konsequenz einer unberechtigten Anschauung, die ich in der „Provinzial-Korrespondenz" „gefunden habe" (Hört! hört! links.), dort heißt es: Es handelt sich in Wahrheit nicht um die Auflegung neuer Steuern, sondern um die Nutzbarmachung einer alten, bisher von den Fachmännern ausgenutzten Einnahmequelle zum Besten der Gesammtheit. (Hört! links.) Es wird dann gesagt, die Millionen, die jährlich in die Tasche der Fabrikanten und Kaufleute fließen, sollen in die gemeinsame Kasse zur Deckung der Bedürfnisse fließen. Wenn nun zugegeben wird, daß der Tabak dem Reiche mindestens 100 Millionen bringen wird, so ist das ein Beweis, daß jene Summe bisher von einigen wenigen auf Kosten des deutschen Volkes erhoben worden ist. (Heiterkeit) Die anderen Staaten, namentlich Frankreich, standen einer so hochentwickelten Industrie nicht gegenüber, als sie das Monopol einführten. Ich rede nicht von der besonderen Art von Monopol, das ist ein unreelles Phantom, das einen hohen Ertrag liefern soll; an das glaubt kein Sterblicher. Wenn bei uns das Monopol eingeführt würde, so stünde dem Gewinn, den der Staat erwartet, ein schwerer Schaden gegenüber. (Sehr wahr! links.) Die Gelegenheit zum redlichen Erwerb und guter, lohnender Arbeit wird dadurch in Deutschland vermindert. (Lebhafter Beifall links.) Das ist ein Schaden, den irgend eine Verminderung unserer direkten Steuern nicht wieder gut machen kann. (Sehr wahr! links.) Aus allen diesen Gründen sind wir der Ueberzeugung, daß die Monopolvorlage in Deutschland unannehmbar ist und wir werden gegen dieselbe stimmen. (Lebhafter Beifall links.) Ich erkenne an, daß die hervorragende Bedeutung der prinzipiellen Gründe in diesem Falle zu Gunsten der Berathung im Plenum spricht, aber wir handeln richtiger, wenn wir in eine Kommissionsberathung eintreten. Denn wir können auf diese Weise am ersten die Hoffnung haben, die doch wirklich vorhandene tiefe Beunruhigung, soweit es in unseren Kräften liegt, zu einem Abschluß und zur Ruhe zu bringen. In der Sache selbst bitte ich Alle aus den Gründen, die mir darin zu liegen scheinen, gegen den Gedanken des Monopols sich zu erklären. (Beifall links.)

Unterstaats-Sekretär v. Mayr: Die materielle Nothwendigkeit der Finanzreform hat der Herr Vorredner nicht in Abrede gestellt. Es giebt keinen der Einzelstaaten, der nicht eine erhebliche große Summe aus indirekten Steuern sehr wohl zu verwenden wüßte (Große Heiterkeit links), um sich von dem Druck der direkten Steuern zu befreien. Nach meiner speziellen Amtsthätigkeit und meinen früheren Erfahrungen kann ich sagen, daß ein dringender Wunsch nach Ueberweisung bedeutender Einnahmequellen aus dem Reich in Bayern und Elsaß-Lothringen besteht. Namentlich werden die kommunalen Zuschläge zu den direkten Steuern sehr drückend empfunden. Die bayrische Statistik zeigt, daß dieser Druck in den kleinen Gemeinden viel stärker ist, als in den großen. (Große Unruhe links; Abg. Richter: Ist Der bayrischer Bevollmächtigter? Bayern ist ja gegen das Monopol! Rufe links: Zur Sache! Hier ist kein Volkswirthschaftsrath! Rufe rechts: Ruhe!) Der Herr Vorredner hat zutreffend bemerkt, daß die Regierung 1879 betreffs der Nichteinbringung des Monopols kein Versprechen gegeben hat; ich kann aber nicht anerkennen, daß sie sich für alle Zeit durch das Gewichtsteuergesetz materiell gebunden hat. Wenn er meinte, daß man erst mit diesem Gesetze Erfahrungen hätte machen

müssen, so weise ich darauf hin, daß gerade die Erfahrungen seit 1879 (Abgeordneter Richter: Offenbar die Erfahrungen mit den miserablen Zigarren der Straßburger Mnufaktur!) dazu geführt haben, schon jetzt das Monopol vorzuschlagen. Es ist auch nicht richtig, daß man einen besonders hohen Ertrag aus dem Monopol ziehen will. Wenn wir es so ausbeuten wollten, wie wir könnten, dann kommen wir zu viel höheren Erträgen. Wenn man rein praktisch vorgehen wollte, so könnte man nichts Besseres thun, als noch zwei Jahre zu warten, um zu sehen, wie dann der deutsche Tabaksbau stehen wird. (Sehr wahr! rechts.) Nach Einführung des Gesetzes von 1879 waren die Konjunkturen für ihn besonders günstig. Diese Zeit ist vorüber und jedes Hinausschieben des Monopols wird den Tabaksbau noch mehr als jetzt auf die Seite der Regierung ziehen. Die Befürchtung, daß eine Beschränkung des inländischen Tabaksanbaues eintreten werde, ist unbegründet, denn die Vorlage selbst bestimmt, daß mindestens ⅔ des Tabaks aus einheimischem Material zu entnehmen ist. (Rufe: Wie lange denn?) So lange das Gesetz besteht, die Regierung wird daran nicht rütteln. Es werden keineswegs 40,000 Personen arbeitslos werden. Wir haben die Absicht, das vorhandene Personal mit sehr wenigen Ausnahmen in der Staatsindustrie zu beschäftigen. Es wird durch das Monopol den Arbeitern die Gelegenheit zu einem gedeihlichen Erwerb nicht genommen. Man überschätzt überhaupt die Bedeutung dieser Sache. Man geht von der falschen Voraussetzung aus, als ob die Gesammtheit der im Erwerbe Stehenden unerschütterlich feststände. Das Monopol hat keinen politischen Hintergrund, sondern eine rein praktische finanzielle Basis. Daß der Tabakshandel in den Zollausschüssen durch das Monopol geschädigt werden wird, kann in gewissem Sinne nicht bestritten werden. Auch die Reichsregierung bringt den Interessen der Händler volle Sympathie entgegen und wird dieselben, soweit es das Gesetz zuläßt, berücksichtigen. Die von der Regierung aufgestellten Berechnungen über den Ertrag des Monopols, über den Konsum von Tabak u. s. w., worüber in der Kommission am Besten Auskunft gegeben werden kann, werden von der Regierung vollständig aufrecht erhalten; die Ansätze dazu sind sehr vorsichtig gemacht; eher zu niedrig, als zu hoch. (Redner trägt eine Reihe von Zahlen vor, um die Richtigkeit der Berechnung der Motive nachzuweisen.)

Abg. von Minnigerode: Die Verhandlungen haben sich in erfreulicher Weise auf rein sachlichem Gebiete bewegt, um so auffallender ist es, daß während der Rede des Herrn Regierungskommissars sich auf der Linken ein auffallender Lärm erhoben hat und sogar der unerhörte Ruf: Zur Sache! erhoben worden ist. (Heiterkeit links.) Die Herren verkennen damit doch vollständig die Stellung, die sie den Vertretern des Bundesraths gegenüber einnehmen, und verletzen den Respekt, den sie den Herren Mitgliedern des Bundesraths schuldig sind. (Gelächter und Unruhe links; Rufe: Zur Ordnung! Abg. Richter ruft: Sie sind doch kein Schulmeister! Lärm und Ordnungsrufe rechts. Präsident v. Levetzow muß, wie es sich aus der späteren Geschäftsordnungsdebatte ergiebt, den Abg. Richter in dem Augenblick zur Ordnung gerufen haben; gehört worden ist der Ordnungsruf bei der großen Unruhe des Hauses nicht.) Abg. v. Minnigerode fährt fort: Ich will das eben drüben gebrauchte Bild nicht weiter ausführen, es könnte sonst für seinen Erfinder zu wenig schmeichelhaften Konsequenzen führen. Ich appellire aber an die Mitglieder, die schon länger im Hause sitzen, ob ein solcher Ton je erhört war; die Verhandlungen sind bis jetzt mit Anstand geführt worden, und ich hoffe, daß das auch ferner der Fall sein wird, und daß Szenen wie die heutige nicht wieder vorkommen, deshalb habe ich auch meine Bemerkung gemacht. (Heiterkeit und Unruhe links. Rufe: zur Ordnung! Abg. Richter ruft: Schade, daß der Herr nicht Korporal geworden ist. Große Heiterkeit.) Details haben wir heute schon genug gehört, ich kann mich daher auf die großen Gesichtspunkte beschränken. Stellte man sich auf den rein finanzpolitischen Standpunkt und erkennt man wie wir an, daß im Reiche und in den Einzelstaaten große finanzielle Bedürfnisse vorliegen, so kommt man nothwendig zu der Anerkennung, daß der Tabak zur Befriedigung derselben dienen muß. Deshalb können wir auch nicht dem Antrage der Fortschrittspartei zustimmen und aussprechen, daß man am Tabak nicht rütteln dürfe. Das steht fest; der Tabak muß mehr bluten, es fragt sich nur noch wie. Eine erhebliche Erhöhung der Gewichtssteuer halte ich für ausgeschlossen, denn sie würde für die Tabaksindustrie schlimmer sein als das Monopol. Die Fabrikatsteuer bringt ja in Nordamerika hohe Erträge, setzt aber wesentlich andere Verhältnisse voraus, als bei uns bestehen. Die Defraudation nimmt bei denselben unerhörte Dimensionen an, die Hausindustrie, die bei uns eine so wichtige Bedeutung hat, kann bei der Fabrikatsteuer nicht aufrecht erhalten werden. Die Fabrikatsteuer hat also ein schönes Deckblatt mit höchst zweifelhafter Einlage. Es bleibt also von allen Besteuerungsarten nur das Monopol übrig, das sich für unsere Verhältnisse eignet. Die Vorlage beweist auch, daß die unglaublichen Uebertreibungen der Gegner — ich erinnere nur an den billigsten Tabak zu 5 Mark und die Brotlosigkeit der Arbeiter — Fantasien waren, die einer Kritik nicht Stand halten können und durch den Entwurf vernichtet worden sind. Man hat auch beim Monopol die Gewißheit, daß man wenigstens reinen Tabak zu rauchen bekommt; Verfälschungen sind ebenso ausgeschlossen wie die Defraudationen, die Kontrolle ist eine sehr einfache. Es ergeben sich also für das Monopol folgende Erwägungen: Ein großes finanzielles Bedürfniß liegt vor, der Tabak muß zur Befriedigung desselben herhalten und die einzig mögliche Form dazu ist das Monopol; das sind nun fühlbare Schlußfolgerungen. Dagegen läßt sich allerdings mit Recht einwenden, daß der finanzielle Effekt, den die Vorlage berechnet, doch sehr zweifelhaft ist, und daß man auf die bestehenden Verhältnisse, wie sie sich historisch entwickelt haben, Rücksicht nehmen muß. Daß die Zahl der Arbeiter erheblich abnehmen würde, glaube ich nicht, die soziale Stellung derselben würde sich auch unter der Staatsregie bessern. Es würden allerdings zahlreiche Arbeiterfamilien nach einzelnen Fabrikationszentren verpflanzt werden müssen, und mit der Hausindustrie wäre es vorüber. Die großen Fabrikanten kämen bei der Entschädigung ganz gut fort, am schlimmsten wäre die Lage der kleineren bei der Einführung des Monopols. Ich komme in politischer Beziehung nach diesen Erwägungen zu dem Resultat: Wenn die Existenz des Reiches die Einführung des Monopols erheischte, so würde ich es nicht ablehnen, zur Zeit aber und unter den bestehenden Verhältnissen trage ich Bedenken, ihm zuzustimmen. Jedenfalls halte ich eine eingehende Berathung der Vorlage für unerläßlich, auch die Gegner müssen an derselben ein Interesse haben; ich beantrage die Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Ich möchte auch namentlich die Nationalliberalen warnen, sich nicht zu energisch gegen das Monopol festzulegen, im politischen Leben sind die Verhältnisse sehr wandelbar und das „Niemals“, das vorhin links ertönte, kam gewiß nicht aus dem Munde eines Politikers. (Beifall rechts.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Richter (Hagen): Der Herr Präsident hat mich zur Ordnung gerufen. Ich weiß nicht, ob der Herr Präsident den Vorfall, welcher die Veranlassung dazu gab, vollständig wahrgenommen hat. Herr von Minnigerode warf der linken Seite des Hauses vor, daß sie den schuldigen Respekt gegen Mitglieder des Bundesrathes verletze. Es sei bis dahin der Anstand gewahrt worden und er erwarte, daß weitere Ausschreitungen solcher Art unterbleiben. Gegen solche unzulässige Censuren eines Theiles des Hauses durch ein Mitglied ist in früheren Sessionen das Präsidium gerade Herrn v. Miningerode gegenüber wiederholt eingeschritten. Da dies diesmal unterblieb, so riefen mehrere Mitglieder dieser Seite „zur Ordnung“. Ich selbst begnügte mich mit dem Zwischenruf: Sie sind doch kein Schulmeister! Der Ausdruck Schulmeister ist übrigens wiederholt parlamentarisch gerade von Mitgliedern der Rechten gebraucht worden, ohne eine Rüge zu erfahren.

Präsident v. Levetzow: Ich habe Herrn Richter zur Ordnung gerufen, weil ich verstanden hatte, daß er rief: „Sie sind **ein** Schulmeister.“ Eine solche Aeußerung werde ich stets für unzulässig erklären. Herr Richter hat meine Geschäftsführung kritisirt; es ist meine Sache, zu entscheiden, was ich für unzulässig halte und was nicht, und dieses Recht werde ich mir nicht nehmen lassen. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Minnigerode: Es war ersichtlich, daß meine Bemerkung sich nicht auf die gesammte Linke, sondern nur auf einzelne Personen bezog.

Abg. Richter (Hagen): Ein Urtheil des Hauses über die Geschäftsführung des Präsidiums zu gewinnen, liegt nicht in meiner Absicht. Ich glaubte mich aber verpflichtet, auf die starken Provokationen des Herrn v. Minnigerode hinzuweisen, welche mich veranlaßten, einen bisher zulässigen Ausdruck zu gebrauchen. Ob Herr v. Minnigerode seine Zensur gegen eine ganze Seite oder gegen einzelne Mitglieder gekehr hat, macht in Bezug auf die Unzulässigkeit keinen Unterschied.

Um 3¾ Uhr wird die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 10. Mai. [Privat-Telegramm der „Posener Zeitung“.] Die Mecklenburg-Strelitzer Regierung hat im Bundesrath den Antrag auf Beseitigung der obligatorischen Zivilehe gestellt. (Wiederholt.)

Wien, 9. Mai. [Ringtheater-Prozeß.] In der heutigen Verhandlung gaben die Gerichtsärzte und Sachverständigen ihre Gutachten ab. Dr. Hofmann sprach die Ueberzeugung aus, daß das Unglück nicht solche Dimensionen angenommen haben würde, wenn im entscheidenden Momente richtige Mittel angewendet worden wären. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob es möglich gewesen wäre, zwischen 6 Uhr 55 Min. und 7 Uhr 15 Min. Menschen zu retten, erwiderte Dr. Haschek, bei fortwährender Aktion wäre eine Rettung nicht ausgeschlossen gewesen. Stadtbaumeister Funk legte dar, daß Nitsche in der ihm zur Last gelegten Weise das Gas nicht habe abdrehen können. Die Finsterniß könnte durch einen Röhrenbruch eingetreten sein, doch sei es nicht ausgeschlossen, daß eine Abdrehung erfolgt sei. Der Luftzug würde den größten Theil der Oellampen ausgelöscht haben, die übrigen hätten dann Nichts genützt. Professor Ludwig hält die erfolgte Abdrehung des Gases für wahrscheinlich, doch nicht für positiv sicher. Prof. Pierre führte aus, der Brand hätte bei geschlossener Rollthür nie solche große Dimensionen angenommen. Professor Rauch führt die Verbreitung des Rauches auf die moderne Bauart des Theaters zurück. Da der Bühnenraum geschlossen war, drang der Rauch in den Zuschauerraum, von wo er nur auf die Stiegen Abzug fand. Hierauf folgte die Zeugenvernehmung betreffs Newalds.

Wien, 10. Mai. [Ringtheaterprozeß.] Die ehemaligen Theaterdirektoren Laube und Ascher präzisiren, als Kunstverständige vernommen, den Wirkungskreis der Theaterbediensteten, namentlich des Regisseurs. Die Aussagen der heute weiter vernommenen Zeugen lauten theils zu Gunsten, theils zu Ungunsten des Regisseurs Nötel. Schließlich erfolgte die Verlesung von Aktenstücken.

Wien, 10. Mai. Im Abgeordnetenhause wurde eine Interpellation eingebracht, in welcher die Anfrage an die Regierung gerichtet wird, ob dieselbe anläßlich der an der österreichisch-russischen Grenze an Juden verübten Greuelthaten, sowie der durch zahlreiche Flüchtlinge dem Staate erwachsenen Schwierigkeiten ihren Einfluß im Sinne der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit geltend zu machen gedenke.

Bei der fortgesetzten Berathung der Zolltarifvorlage wurde der Zoll für Eisen unverändert genehmigt. Im Laufe der Debatte erklärte der Vertreter der Regierung, die Regierung habe an die russische Regierung eine Anfrage wegen der beabsichtigten Erhöhung der Zölle für Sensen gerichtet, habe aber bis jetzt keine Antwort erhalten. Indeß stehe außer Zweifel, daß eine differentielle Behandlung Oesterreichs und Deutschlands nicht eintreten werde.

Wien, 10. Mai. Die „Polit. Korresp.“ erfährt in Betreff der Ermordung des Bezirkskanzlisten Baumann und des Kadi von Focaric bei Cainica, daß dieselben, trotz dem Auftrage des Bezirksvorstehers, sich der Postbedeckung anzuschließen, die Rückreise allein angetreten haben und dadurch die Opfer des räuberischen Ueberfalls geworden sind.

Aus Sofia wird der „Polit. Korresp.“ berichtet: Entgegen den Meldungen in der Presse wird auf das Bestimmteste versichert, daß hierselbst völlige Ruhe herrscht und keinerlei Manifestationen besorgt werden. Das Verhältniß des Fürsten zu den russischen Offizieren war immer ein freundschaftliches.

Wien, 10. Mai. Die „Presse“ meldet: Der Gewinnüberschuß der Staatsbahn beträgt rund 2 Millionen. Davon werden 6 Francs Superdividende vertheilt, der Gewinnrest von 400,000 Gulden wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gesammtdividende pro 1881 beträgt sonach 21 Francs pro Aktie.

Der „Neuen freien Presse“ zufolge hat das Reichsfinanzministerium die Kreditanstalt, die Bodenkreditanstalt, die Länderbank und die Unionbank eingeladen, Offerten auf die unter den gemeinsamen Aktiven befindlichen Franz-Josefsbahn-Aktien bis spätestens zum 11. Mai einzureichen. Die Offerenten sollen sich acht Tage lang an ihre Offerte gebunden erklären, weil das Votum der beiderseitigen Finanzminister über dieselben einzuholen sei.

London, 10. Mai. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ ist von der Absicht Gladstone's, seine Entlassung zu geben, bis jetzt Nichts bekannt, noch sind gegenwärtig Anzeichen vorhanden, welche dies wahrscheinlich erscheinen ließen.

London, 10. Mai. [Unterhaus.] Lord Grosvenor beantragte, daß das Haus sich nach seiner heutigen Sitzung bis morgen Abend neun Uhr vertage, damit es den Mitgliedern des Hauses möglich sei, der Beerdigung des Lord Cavendish beizuwohnen. Croß unterstützte den Antrag, welcher angenommen wurde.

London, 10. Mai. Der Direktor des Rechnungswesens bei der Marine, Hamilton, ist an Stelle des ermordeten Burke provisorisch zum Unterstaatssekretär für Irland ernannt worden.

Dublin, 10. Mai. Der Amerikaner Moore und mehrere andere Personen, die als der Theilnahme an dem Morde Lord Cavendish's und Burke's verdächtig verhaftet worden waren, sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Konstantinopel, 10. Mai. Griechenland unterhandelt mit dem griechischen Patriarchen wegen Zession seiner Kirchenrechte in Thessalien.

Reuf Pascha ist zum Generalinspektor, nicht zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden.

Konstantinopel, 10. Mai. Der Administrationsrath der Besitzer türkischer Schuldtitel hat die Einregistrirung der Titel der Anlehen von 1858 und 1862 nach dem von dem Administrationsrathe der englischen Bondholder angenommenen, der Konvention entsprechendem System beschlossen. Neue Kuponbogen sollen ausgegeben werden, sobald die alten erschöpft sind.

Bukarest, 9. Mai. Im Senate wurde die auf heute festgesetzte Berathung der Interpellation Gradisteano's über die Donaufrage noch vertagt. Die Mitglieder der Donaukommission sind sämmtlich in Galatz eingetroffen. Morgen findet voraussichtlich die erste Sitzung statt.

Bukarest, 9. Mai. Die Deputirtenkammer nahm mit 49 gegen 17 Stimmen die Additionalakte zu der internationalen Akte vom Jahre 1865 an.

Bukarest, 10. Mai. Auf die Interpellation des Senators Gradisteano erklärte der Minister des Aeußern, daß die Regierung den Barrère'schen Vorschlag ohne wesentliche Modifikationen nicht annehmen könne.

Auch in der Kammer der Deputirten wurde die Regierung heute durch Vernescu über denselben Gegenstand interpellirt. Die Regierung wird in drei Tagen antworten.

Die Kammersession wird bis zum 24. Mai verlängert.

Kairo, 10. Mai. [Meldung der „Agence Havas“.] In Folge der Meinungsverschiedenheiten mit dem Khedive bezüglich des Dekrets desselben über die Strafumwandlungen beschloß das Kabinet sofort die Notabelnkammer ohne Ermächtigung des Khedives zu berufen, damit sich die Kammer hinsichtlich dieser Meinungsverschiedenheiten ausspreche. Die Minister erklärten den Konsuln, daß die Sicherheit der Europäer durchaus nicht bedroht ist.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 10. Mai. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 293⅞, Franzosen 285⅞. Lombarden —, Galizier 265¼, österreichische Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, österr. Silberrente —, Egypter 69⅜, III. Orientanl. —, 1880er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Loose —, Diskonto-Kommandit 214⅞. — Schwach.

Wien, 10. Mai. (Schluß-Course.) Geschäftslos. Realisirungen der Platzspekulation drückten. Spekulationspapiere und Renten behauptet.

Papierrente 76,67½. Silberrente 77,50. Oesterr. Goldrente 94,60, 6-proz. ungarische Goldrente 119,90. 4-proz. ung. Goldrente 89,20. 5-proz. ung. Papierrente 87,10. 1854er Loose 119,70. 1860er Loose 131,00. 1864er Loose 174,50. Kreditloose 177,00. Ungar. Prämienl. 117,20. Kreditaktien 345,10. Franzosen 336,00. Lombarden 145,25. Galizier 311,75. Kasch.-Oderb. 150,00. Pardubitzer 152,20. Nordwestbahn 208,75. Elisabethbahn 211,20. Nordbahn 2677. Oesterreich. ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 128,80. Anglo-Austr. 129,00. Wiener Bankverein 118,75. Ungar. Kredit 339,50. Deutsche Plätze 58,65. Londoner Wechsel 119,95. Pariser do. 47,35. Amsterdamer do. 99,60. Napoleons 9,53½. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marknoten 58,65. Russische Banknoten 1,21⅜. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 168,00. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —,—.

4½prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 219,25, 5proz. österr. Papierrente 92,70, ungar. Goldrente —, Buschtierader B. —,—. Ung. Präml. 117,20. Eskompte —,—.

London, 10. Mai. Ruhig. Consols 102, Ital. 5pr. Rente 89, Lombard. 12⅛, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 84¾, 5proz. Russen de 1872 84¼, 5proz. Russen de 1873 86½, 5proz. Türken de 1865 13¼, 3½proz. fundirte Amerikaner 104, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 75¾, Oesterr. Goldrente —, Spanier 28¼, Egypter 67⅜, 4proz. preuß. Consols 101. 4proz. bair. Anleihe —.

Platzdiscont 2½ pCt. Silber —.

Aus der Bank flossen heute 6,000 Pfd. Sterl.

Newyork, 9. Mai. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 95⅜. Wechsel auf London 4,87, Cable Transfers 4,90½, Wechsel auf Paris 5,15, 3½proz. fundirte Anleihe 101⅜, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 121½, Erie-Bahn 35½, Zentral-Pacific 116⅞, Newyork Zentralbahn 126½, Chicago-Eisenbahn 140.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2, für andere Sicherheiten 3 Prozent.

Produkten-Kurse.

Hamburg, 10. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco unveränd., auf Termine ruhig. Roggen loco unveränd., auf Termine ruh. Weizen per Juli-Aug. 207,00 Br., 206,00 Gd., per Sept.-Okt. 203,00 Br., 202,00 Gd. Roggen per Juli-Aug. 141,00 Br., 140,00 Gd., per Sept.-Okt. 140,00 Br., 139,00 Gd. Hafer, Gerste unveränd. Rüböl still, loco 57,00, per Mai 56,50. Spiritus ruhig, per Mai 38¼ Br., per Juli-Aug. 39 Br., per Aug.-Sept. 39½ Br., per Sept.-Okt. 39¾ Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum still, Standard white loco 7,10 Br., 7,00 Gd., per Mai 7,10 Gd., per August-Dezember 7,65 Gd. — Wetter: Regen.

Bremen, 10. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Höher. Standard white loco 7,00 Br., pr. per Juni 7,10 Br., pr. Juli 7,20 Br., per August 7,25 bez., 7,30 Br., per September-Dezember 7,65 bez.

Wien, 10. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Mai-Juni 12,20 G., 12,22 Br., per Herbst 11,07 G., 11,10 Br. Hafer pr. Mai-Juni 7,95 Gd., 8,00 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,62 Gd., 7,67 Br.

London, 10. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letzten Montag: Weizen 16,740, Gerste 11,020, Hafer 40,680 Qrts.

Fremder Weizen sehr ruhig, andere Getreidearten träge. Sämmtliche Getreidearten zu letzten Montagspreisen gehandelt.

Leith, 10. Mai. (Getreidemarkt.) Markt sehr matt und geschäftslos, da Käufer zurückhaltend. — Wetter: Schön.

Manchester, 10. Mai. 12r Water Armitage 7¼, 12r Water Taylor 7⅞, 20r Water Michools 9¼, 30r Water Clayton 9⅜, 32r Mock Townhead 9⅞, 40r Mule Mayoll 9⅝, 40r Medio Wilkinson 11¼, 36r Warpcops Qual. Rowland 10½, 40r Double Weston 10½, 60r Double courante Qual. 14½, Printers 1⅞ ¾ 8½ pfd. 94½. Fest.

Antwerpen, 10. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste behauptet.

Newyork, 9. Mai. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12 3/16, do. in New-Orleans 12, Petroleum in Newyork 7¼ Gd., do. in Philadelphia 7⅛ Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificates — D. 73 C. Mehl 5 D. 15 C. Rother Winterweizen loko 1 D. 46½ C. do. per Mai 1 D. 46½ C., do pr. Juni 1 D. 45⅞ C., do. pr. Juli 1 D. 31 C. Mais (old mixed) 83 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7⅜. Kaffee (Rio-) 9½. Schmalz Marke (Wilcox) 11¾, do. Fairbanks 11⅞, do. Rohe u. Brothers 11⅝. Speck short clear) 11⅞ C. Getreidefracht ¼.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Mai. Wind: NW. Wetter: Bewölkt und kühl.

Die kühlere Witterung fand heute weniger günstige Aufnahme als gestern. Obwohl man ihr keinerlei nachtheilige Wirkung vindiziren kann, übte sie doch unstreitig befestigenden Einfluß.

Loko-Weizen wenig verändert. Termine setzten mit etwa denjenigen Kursen, zu welchen gestern nach Schluß gehandelt worden war, matt ein und blieben so während der ersten Markthälfte; hiernach kam regerer Begehr auf, durch welchen der Markt befestigt schloß. Per Mai kamen ziemlich bedeutende Umsätze vor, ohne daß der Kurs wesentlich schwankte.

Loko-Roggen war weder stark angeboten, noch lebhaft gefragt. Bei unveränderten Preisen war der Handel still. Der Terminhandel wurde in der Hauptsache vom kühlen Wetter beeinflußt, wenigstens entwickelte die Platzspekulation rege Kauflust, von welcher am meisten späte Sichten profitirten. Diese schlossen etwa 1½ M., nahe kaum 1 M. höher als gestern.

Loko-Hafer, ebenso wie Termine, wenig verändert. Roggenmehl theurer. Mais fest. Rüböl ging zu behaupteten Preisen wenig um.

Petroleum preishaltend. Spiritus hat in effektiver Waare und auf Termine gestrige Notirungen behauptet, ohne lebhaft gehandelt zu werden.

Weizen per 1000 Kilo loko 205—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — M. ab Bahn, per Mai 229—230—229 Mark bez., per Mai-Juni 217½—218½ M. bezahlt, per Juni-Juli 213—214 M. bezahlt, per Juli-August 206½—207½ M. bez., per Sept.-Okt. 203½—204½ M. bez. — Gekündigt 35,000 Ztr. Regulirungspreis 229½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 147 bis 163 M. nach Qualität gefordert, inländ 154—161 M. ab Bahn bezahlt, hochfeiner do. — M. a. Bahn bez., def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer polnischer und galizischer 147—151 M. ab Bahn bez., per Mai 153¾—154¼ M. bez., per Mai-Juni 149½—150—149½—140½ bez., per Juni-Juli 147—147½—147—148 bez., per Juli-Aug. 145½—146 M. bez., per Sept.-Oktober 145½—146½ M. bezahlt. — Gekündigt 8000 Ztr. Regulirungspreis 154 M. — Gerste per 1000 Kilo loko 125—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 125 bis 170 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 128 bis 147 bezahlt, ost- und westpreußischer 138 bis 148 bezahlt, pommerscher und Uckermärker 130 bis 146 bezahlt, schlesischer 145 bis 157 bezahlt, f. do. 158—162 bezahlt, böhmischer 145—157 bezahlt, f. do. 158—162 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — ab Bahn bezahlt, per Mai 135½ bis — Mark bezahlt, per Mai-Juni 135½ bis — Mark bezahlt, per Juni-Juli 135½ bis — M. bez., per Juli-August 135¾ M. bezahlt. — Gekündigt 8000 Zentner. Regulirungspreis 135 Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 158 bis 200 Mark. Futterwaare 140 bis 156 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 149—156 M. nach Qualität gefordert, per Mai 145 M. bezahlt, per Mai-Juni 144½ Mark bezahlt, per Juni-Juli 143¾ Mark bezahlt, per September-Oktober 140 M. bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 32,00 bis 30,50 Mark, 0: 29,50 bis 28,50 M., 0/1 28,50 bis 27,50 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 23,75—22,75 M., 0/1: 22,23—21,25 M., per Mai 21,75—21,80 M. bezahlt, per Mai-Juni 21,20—21,30 M. bezahlt, per Juni-Juli 20,90—21,00 Mark bez., per Juli-August 20,70—20,80 M. bezahlt, per Aug.-Sept. — M. bez., per Sept.-Oktober 20,50—20,60 M. bez. — Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — M. Oelsaat per 1000 Kilo — M., Winterraps — M., Winterrübsen — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 55,5 M. bez., loko mit Faß 55,8 M. bez., per Mai 56,0 bis — M. bez., per Mai-Juni 56,0 bis — M. bez., per Juni-Juli — M., per Juli August — Mark bez., Sept.-Oktober 55,3 bis — M. bez., per Oktober-November — Mark bez. Gekündigt 2200 Ztr Regulirungspreis 56,0 Mark. — Leinöl per 100 Kilo loko — Mark. — Petroleum per 100 Kilo loko 23,5 Mark, per Mai 22,5 M. bezahlt, per Mai-Juni —,— bezahlt, per Juni-Juli —,— bez., per September-Oktober 23,2 bez. Gekündigt — Zent. — Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 46,2 M. bez., mit Faß — M. bezahlt, per Mai 47,3—47,5 Mark bezahlt, per Mai-Juni 47,3—47,5 Mark bezahlt, per Juni-Juli 47,6—47,8 Mark bezahlt, Juli-August 48,5—48,7 M. bez., August-September 49,0—49,3 Mark bez., Sept.-Okt. 49,2—49,1—49,3 bez., September — bez. — Gekündigt 130,000 Liter. Regulirungspreis 47,3 Mark. (B. B.-Z.)

Bromberg, 10. Mai. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen unveränd., hochbunt und glasig 215—222 M., hellbunt 200—212 Mark. — Roggen niedriger, loko inländischer 148 bis 152 Mark. — Gerste, feine Brauwaare 145—155, große und kleine Müllergerste 130—142 Mark. — Hafer loko 135—150 M. — Erbsen Kochwaare 160—180 Mk., Futterwaare 140—150 M. — Mais, Rübsen, Raps ohne Handel. — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 43,25—43,75 M. — Rubelcours 206,00 Mark.

Berlin, 10. Mai. Wieder fand heute in den einheimischen Bahnen ein sehr lebhaftes Geschäft statt und zogen diese Werthe das Hauptinteresse auf sich, während die internationalen Spielpapiere, wie auch die ausländischen Staatsanleihen wenig Regsamkeit zeigten. Für die von Wien abhängigen Werthe war die Stimmung eher matt, wenigstens gedrückt, und der Umfang des Verkehrs blieb innerhalb sehr eng bemessener Grenzen. Es fehlte der Haussespekulation auf diesem Gebiete nicht nur an jeglicher Anregung zu energischem Vorgehen, sondern es hatten die etwas herabgesetzten Wiener Notirungen sogar zu Realisationsverkäufen geführt, die natürlich auch hier Kursherabsetzungen im Gefolge hatten. Im Vordergrunde des Verkehrs standen die Aktien der ostpreußischen Südbahn und nächstdem der Marienberg-Mlawkaer Bahn, in Bezug auf die Verkehrsentwicklung dieser Bahnen sind im Augenblick die allergünstigsten Aussichten verbreitet, man stützt sich dabei indeß in der Hauptsache auf die großen Hoffnungen, mit denen man der diesjährigen russischen Ernte glaubt entgegensehen zu dürfen. Ein lebhafter Verkehr entwickelte sich indeß auch in Freiburgern, während Mainzer wenig Beachtung fanden. Von Prioritäts-Stammaktien zeichneten sich durch Regsamkeit und theilweise höhere Kursnotiz Oels-Gnesener, Breslau-Warschauer, Weimar-Geraer und Angermünde-Schwedter aus. Dagegen war in den ausländischen Eisenbahn-Aktien der Verkehr gering, sie konnten sich aber meist in guter Festigkeit auf ihrer bisherigen Kursnotiz behaupten. Bankaktien und Industriepapiere waren fest aber sehr still. Die spekulativen Montanwerthe mußten etwas nachgeben. Für Anlage-Effekten zeigte sich einige Frage und waren besonders die 4prozentigen Prioritäten der Stettiner, der Köln-Mindener und der Potsdamer Bahn begehrt. Geld bleibt flüssig. Der Privatdiskont stellt sich auf 3½ pCt. — Per ultimo notiren: Franzosen 575,50—573,50—574,50, Lombarden 257,50—256 bis 256,50, Kredit-Aktien 591—592—589—590, Wiener Bankverein 203,50 Gd., Darmstädter Bank 164,25—164,40—164,10—164,25, Diskonto-Kommandit-Antheile 215,25—215,10—215,25—215, Deutsche Bank 157,50—157,60—157,10, Dortmunder Union 93,75—93,90—93,60, Laurahütte 114,75—114,60. Der Schluß war etwas schwächer.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 10. Mai 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Consol. Anl.	4½	104,75 bz
do. neue 1876	4	101,90 bz
Staats-Anleihe	4	101,10 bzB
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,70 B
do. do.	3½	95,75 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	108,25 B
do.	4½	104,75 G
Landsch. Central	4	101,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	95,60 bz
do. neue	3½	91,25 bz
do.	4	101,40 bzG
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	91,20 bzG
do.	4	100,60 B
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	91,20 bzB
do.	4	100,80 bz
do. I. B.	4	100,75 B
do. II. Serie	4½	103,60 bz
Neuldsch. II. Serie	4	100,40 bz
do. do.	4½	103,60 G
Posensche, neue	4	100,50 bzG
Sächsische	4	
Pommersche	3½	91,20 G
do.	4	100,80 bz
do.	4½	102,25 G
Schlesische altl.	3½	93,25 G
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,60 G
Pommersche	4	100,75 B
Posensche	4	100,60 G
Preußische	4	100,60 G
Rhein- u. Westfäl.	4	100,80 G
Sächsische	4	101,00 B
Schlesische	4	100,70 G
20-Frankstücke		16,23 G
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		16,67 G
do. 500 Gr.		13,97 G
Engl. Banknoten		20,43 G
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		
Oesterr. Banknot.		170,35 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		207,25 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,80 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,40 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	310,00 bzG
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	132,75 B
do. 35 fl. Oblig.	—	212,00 B
Bair. Präm.-Anl.	4	134,40 B
Braunsch. 20 thl.-L.	—	99,25 G
Brem. Anl. v. 1874	4	101,00 G
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	128,75 B
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	125,00 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	120,50 bz
do. II Abth.	5	118,00 bzB
Hamb 50-Thlr.-L.	3	187,60 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	182,00 bz
Meckl. Eisenbhanl.	3½	94,25 bz
Meininger Loose	—	27,20 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	117,90 bz
Oldenburger Loose	3	148,60 G
D.-G.-C.-B-Pf. 110	5	108,75 G
do. do.	4	96,00 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	104,50 bz
do. do.	4½	102,30 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	100,70 B
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,30 bz
Pomm Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	104,80 bz
do. II. IV. 110	5	102,00 G
Pomm. III. rkz. 100	5	99,40 bz
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	113,25 G
do. do. 110	4½	108,00 G
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	104,70 bz
do. do. rückz. 100	4½	103,70 G
do (1872 u. 74)	4	99,30 B
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	103,00 G
do. II. rckz. 100	5	100,00 G
Schles. Bod.-Cred.	5	102,30 bzB
do. do.	4½	106,10 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,60 bzG
do. do.	4½	102,75 bzG
Kruppsche Obligat.	5	106,50 B

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds.-(fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	127,25 G
Oesterr. Goldrente	4	80,90 G
do. Pap.-Rente	4½	65,20 bz
do. Silber-Rente	4½	65,90 G
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	332,10 bzG
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,00 bzG
do. do. v. 1864	—	333,00 G
Ungar. Goldrente	6	102,30 bzB
do. St.-Eisb. Akt.	5	95,60 bzB
do. Loose	—	226,10 bz
Italienische Rente	5	89,50 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,60 G
Russ. Centr.-Bod.	5	
do. Boden-Credit	5	82,50 bzG
do Engl. A. 1822	5	
do. do. A. v. 1862	5	85,10 bz
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. consol. A. 1871	5	86,00 bz
do. do. 1872	5	86,00 bz
do. do. 1875	4½	77,20 bzG
do. do. 1877	5	88,80 bzG
do. do. 1880	4	71,25 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	140,00 bz
do. do. v. 1866	5	136,80 G
do. 5. A. Stiegl.	5	59,00 bzG
do. 6. do. do.	5	81,50 G
do. Pol. Sch.-Obl.	4	82,00 G
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,50 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	54,75 G
Türk. Anl. v. 1865	—	13,75 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	170,30 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	169,35 bz
Petersb. 100 R. 8 W.	206,00 bz
do. 100 R. 3 M.	204,70 bz
Warschau 100 R 8 T.	207,10 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 5. Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 3. Paris 3½. Petersburg 6. Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	116,50 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	39,00 G
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	81,50 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	110,50 bz
do. Kassen-Verein.	4	199,25 G
Breslauer Disk.-Bk.	4	89,90 G
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	86,00 bzB
Cöln. Wechslerbank	4	95,80 bz
Danziger Privatb.	4	110,10 G
Darmstädter Bank	4	164,10 bzG
do. Zettelbank	4	109,40 B
Dessauer Creditb.	4	100,25 bzB
do. Landesbank	4	120,25 bz
Deutsche Bank	4	157,25 bzB
do. Genossensch.	4	129,25 G
do. Hyp.-Bank.	4	88,50 B
do. Reichsbank.	4½	149,40 bzG
Disconto-Comm.	4	214,60 bz
Geraer Bank	4	97,25 B
do. Handelsb.	4	91,25 G
Gothaer Privatbk.	4	121,00 B
do. Grundkredb.	4	88,25 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	94,00 G
Leipziger Creditb.	4	158,50 G
do. Discontob.	4	112,90 bzG
Magdeb. Privatb.	4	117,00 bz
Meckl. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B.	fr.	95,00 B
Meining. Creditbk.	4	92,90 bzG
do. Hypothekenbk.	4	91,50 B
Niederlausitzer Bank	4	93,50 bzB
Norddeutsche Bank	4	171,50 bz
Nordd. Grundkredit	4	49,00 bzG
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	94,50 bz
Posen. Landwirthsch	4	75,00 G
Posener Prov.-Bank	4	118,00 bz
Posener Spritaktien	4	68,50 bzG
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	111,25 bzG
do. Centralbdn.	4	124,40 bz
do. Hyp.-Spielh.	4	81,00 G
Produkt.-Handelsbk	4	76,00 B
Sächsische Bank	4	122,75 B
Schaaffhaus. Bankv.	4	86,30 G
Schles. Bankverein	4	109,50 B
Südd. Bodenkredit	4	131,30 B

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	204,00 B
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugesell.	4	59,70 bzB
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	59,20 bz
Dortmunder Union	4	12,50 bz
Egells Masch.-Akt.	4	8,50 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	86,00 bz
Gelsenkirch.-Bergw.	4	124,00 bzG
Georg-Marienhütte	4	89,00 B
Hibernia u. Shamr.	4	83,00 bzB
Immobilien (Berl.)	4	83,00 G
Kramsta, Leinen-F.	4	94,90 bzG
Lauchhammer	4	26,50 bzG
Laurahütte	4	115,25 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	35,00 bzB
Magdeburg. Bergw.	4	108,50 G
Marienhüt. Bergw.	4	44,75 B
Menden u. Schw. B.	4	60,50 G
Oberschl. Eis.-Bed.		47,50 G
Oelheim. Petrol.-A.	4	90,00 bzG
Phönix B.-A. Lit. A	4	80,60 G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	
Redenhütte conf.	4	95,25 bz
Rhein.-Nass. Bergw.	4	69,25 G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	21,50 G
Unter den Linden	4	12,00 bz
Wöhlert Maschinen	4	14,00 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	52,40 bzG
Altona-Kiel	4	219,50 bz
Bergisch-Märkische	4	125,90 bz
Berlin-Anhalt	4	151,50 bz
Berlin-Dresden	4	17,00 bzG
Berlin-Görlitz	4	36,10 B
Berlin-Hamburg	4	362,00 bzG
Bresl.-Schw.-Frbg	4	102,50 bzG
Hall.-Sorau-Guben	4	19,40 bz
Märkisch-Posener	4	37,70 bzG
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	29,20 bzG
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	248,90 bz
do. Lit. B.	3½	190,50 bzG
Ostpreuß. Südbahn	4	76,25 bz
Rechte Oderuferb.	4	180,75 bzG
Rhein-Nahebahn	4	18,90 bz
Stargard-Posen	4½	102,80 G
Thüringische	4	214,80 bzG
do. Lit. B. v. St. gar.	4	101,50 B
do. Lit. C. v. St. gar	4½	113,80 G
Ludwigsh.-Berbach	4	205,25 G
Mainz-Ludwigsh.	4	102,90 bz
Weimar-Geraer	4½	49,90 bzB
Albrechtsbahn	5	35,90 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	146,50 bzB
Aussig-Teplitz	4	262,50 bz
Böhm. Westbahn	5	132,50 G
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	143,40 bz
Elisabeth-Westbahn	5	90,10 G
Kais. Franz Joseph	5	83,25 bzG
Gal. (Karl Ludwig.)	5	133,75 bz
Gotthard-Bahn 90%	6	
Kaschau-Oderberg	4	63,90 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,50 bzB
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	357,75 bz
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	65,50 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	71,25 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	58,50 bz
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	131,60 G
do. Südwestbahn	5	61,50 bz
Schweizer Unionb.	4	46,50 bzG
Schweizer Westbahn	4	31,50 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	143,25 bzG
Warschau-Wien	4	221,75 bzB

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	43,80 bzG
Berlin-Görlitzer	5	100,25 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	81,50 bzG
Märkisch-Posen	5	120,40 bzG
Marienb.-Mlawka	5	112,50 bzG
Münster-Enschede	5	24,25 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	99,50 B
Oberlausitzer	5	56,50 bzG
Oels-Gnesen	5	56,75 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	106,00 bzG
Posen-Creuzburg	5	76,00 bzG
Rechte Oderuf.-Bahn	5	177,75 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn		76,75 bzG
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	84,50 bz
Weimar-Geraer	5	39,50 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	118,00 bzG
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	89,10 G
do. B. unabg.	3½	89,20 G
do. C. do. abg.	5	127,50 bz

Münster-Hamm	4	100,25 G
Niederschl.-Märk.	4	100,75 B
Rhein. St.-A. abg.	6½	163,25 bzG
do. neue 4 proc.	5	162,25 bz
do. Lit. B. gar.	4	100,90 G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	103,00 G
do. II.	4½	103,00 G
do. III. v. St. g.	3½	93,50 G
do. do. Litt. B.	3½	93,50 G
do. do. Litt. C.	3½	93,40 bz
do. IV.	4½	103,10 B
do. V.	4½	103,10 B
do VI.	4½	104,20 G
do. VII	4½	103,00 G
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	102,25 G
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	100,25 G
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	4½	103,50 G
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	102,25 G
do. do. II	4½	
do. do. III	4	102,25 G
Berlin-Anhalt A.	4½	102,90 bzG
do. B.	4½	102,90 bzG
do. Litt. C.	4½	103,00 bzG
Berlin-Görlitz	4½	
do. do. Litt. B.	4½	102,80 G
Berlin-Hamburg I.	4	100,60 bzG
do. do. II.	4	100,60 bzG
do. do. III	4½	103,80 bz
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	
do. do. C.	4	100,60 B
do. do. D	4½	103,75 G
do. do. E	4½	
Berlin-Stettin I	4½	
do. do. II	4	100,60 G
do. do. III.	4	100,60 G
do. IV. v. St. g.	4	100,60 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	103,20 bzB
do. do. Litt. H	4½	103,20 bzB
do. do. Litt. I	4½	103,20 bzB
do. do. 1876	5	105,90 G
Cöln-Minden IV.	4	100,60 bz
do. do. V.	4	100,50 G
do. do. VI.	4½	104,20 bzG
Hall.-Sorau-Guben	4½	103,75 B
do. do. C.	4½	103,75 B
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	103,50 B
Mainz-Ludwigsh.	4½	103,20 G
do. do.	5	109,00 bzB
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	103,00 B
do. do. de 1873	4½	103,00 B
do. Leipz. A.	4½	105,25 B
do. do. B.	4	100,70 G
do. Wittenberge	4½	102,75 G
do. do.	3	84,60 G
Niederschl.-Märk. I.	4	100,50 G
do. II. a 62½ thlr.	4	100,10 B
do. Obl. I. u. II.	4	100,50 G
do. do. III conv.	4	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	93,75 G
do. F.	4½	
do. G.	4½	103,75 G
do. H.	4½	104,00 B
Oberschles. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	103,75 G
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	102,80 G
do. do. III.	4½	102,80 G
Oels-Gnesen	4½	102,60 G
Ostpreuß. Südbahn	4½	103,00 B
do. Litt. B.	4½	103,00 B
do. Litt. C	4½	103,00 B
Posen-Creuzburg	5	105,00 G
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,75 G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,90 G
do. v. 1862, 64	4½	102,90 G
do. v. 1865	4½	102,90 G
do. 1869, 71, 73	4½	103,00 G
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	103,40 bzG
do. II. do.	4½	103,40 bzG
Schleswiger	4½	102,75 G
Thüringer I.	4	100,60 bz
do. II.	4½	
do. III.	4	100,60 bz
do. IV.	4½	
do. V.	4½	103,60 bz
do. VI.	4½	103,60 bz

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	87,10 bzB
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	85,60 bzG
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	79,60 G
do. II.	5	85,10 bzG
do. III.	5	81,90 bzG
do. IV.	5	81,00 G
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	53,75 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	373,00 bzG
do. Ergänzsb.	3	361,90 bz
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	105,50 G
do. II. Em.	5	105,50 G
Oesterr. Nordwest.	5	87,50 bz
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,10 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	83,00 bzB
Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,40 G
do. do. 1869	5	85,00 G
do. do. 1872	5	85,00 G
Rab-Graz Pr.-A.	4	94,00 bzB
Reichenb.-Pardubitz	5	
Südösterr. (Lomb.)	3	286,20 bzG
do. do. neue	3	287,60 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	100,25 bzG
Brest-Grajewo	5	85,75 bz
Charkow-Asow g.	5	91,90 bz
do. in Lstr. a 20	5	84,25 G
Chark.-Krementsch.	5	91,00 bz
Jelez-Orel, gar.	5	91,25 bz
Koslow-Woron. gar	5	95,00 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	82,30 bzG
Kursk-Chark. gar.	5	91,00 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	81,25 G
Kursk-Kiew, gar.	5	97,10 bz
Losowo-Sewast.	5	78,75 bz
Mosko-Rjäsan, g.	5	100,80 G
Mosk.-Smolensk, g.	5	93,75 bzB
Schuja-Iwanow.	5	91,50 bzG
Warsch.-Teresp., g.	5	92,80 bz
do. kleine, g.	5	92,80 bz
Warschau-Wien II.	5	102,90 bz
do. III.	5	102,70 bz
do. IV.	5	102,25 bz
Zarskoe-Selo	5	61,00 B

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.